9.6 (neu) Zukunftskonzept Fraport 40plus

AntragstellerIn: Klaus Lengefeld (KV Frankfurt)
Tagesordnungspunkt: 9. Anträge

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

die hessische Landesregierung, insbesondere das dafür zuständige Wirtschafts- und Verkehrsministerium aufzufordern,

1. die Fraport AG zu beauftragen, ein wirtschaftlich tragfähiges und mit dem 1,5-Grad-Klimaziel kompatibles Zukunftskonzept für den Frankfurter Flughafen zu erarbeiten, durch das möglichst viele Arbeitsplätze dauerhaft gesichert werden.

2. Grundlage dieses Zukunftskonzepts muss der, aufgrund der Coronakrise und der notwendigen Verlagerung von Inlandsflügen auf die Schiene, dauerhaft zu erwartende Rückgang im Flugverkehr am Flughafen sein.

3. Zielgröße für dieses Zukunftskonzept soll sein, den Flughafen bei einer realistisch in den nächsten Jahren noch zu erwartenden Zahl von 40 Mio Fluggästen pro Jahr wirtschaftlich zu betreiben und dadurch zugleich die Verkehrsemissionen soweit zu reduzieren, dass die Klimaneutralität 2035 erreicht werden kann.

4. Die durch den zu erwartenden dauerhaften deutlichen Rückgang des Flugverkehrs nicht mehr gültige Wirtschaftlichkeitsanalyse für das Terminal 3 ist umgehend von unabhängigen Gutachtern zu überprüfen.

5. Als wichtiger Teil des Zukunftskonzepts sind die Dienstleistungen und die Nutzung der Einrichtungen am Flughafen zu erweitern und zu diversifizieren mit dem Ziel, die dortigen Arbeitsplätze soweit möglich vom stetigen Wachstum der Flugbewegungen und der damit verbundenen Emissionen zu entkoppeln.

Des Weiteren soll der Frankfurter Flughafen zu einem Zentrum für nachhaltige Mobilität und Logistik werden mit dem Ziel einer klimaneutralen Infrastruktur bis spätestens 2035 und bis spätestens 2040 sich vom fossilen Flugverkehr verabschiedet zu haben.

Begründung

Wie die aktuelle vierte Welle der Corona-Pandemie zeigt, wird uns das Corona-Virus auch in den kommenden Jahren weiter einschränken. Darüber hinaus ist das Interesse an Flugreisen sowohl aus Klimaschutzgründen als auch als Vorsichtsmaßnahme gegen mögliche Infektionen in der Bevölkerung deutlich zurückgegangen. Auch der Geschäftsreiseverkehr wird gemäß aller Prognosen bei weitem nicht das Niveau vor der Pandemie erreichen. Und in der Politik sind Maßnahmen in Vorbereitung, die insbesondere den Kurzstrecken-Flugverkehr in Deutschland deutlich einschränken werden. Dieses Ziel soll von der neuen Bundesregierung verfolgt werden, und im Frankfurter 4-Parteien-Koalitionsvertrag steht wörtlich, "dass Kurzstreckenflüge bis zu 600km, bei denen Alternativen im Schienenverkehr bestehen, auf diesen verlagert werden". Das würde bis zu 70.000 Inlandsflüge = 14% aller Flüge im Jahr 2019 betreffen.

Deshalb ist es völlig unrealistisch zu erwarten, dass der Frankfurter Flughafen in den nächsten Jahren wieder die 70 Mio Passagiere aus dem Jahr 2019 erreichen wird. Hinzu kommt, dass das Wachstum um 10 Mio Passagiere seit 2016 im Wesentlichen durch Billigflieger wie Ryanair mit einer ökologisch und

sozial völlig inakzeptablen Geschäftspolitik zustande kam, die durch eine völlig unverständliche und trotzdem von unserem Grünen Verkehrsminister abgesegnete Fehlentscheidung des Aufsichtsrats mit einer 50% Reduzierung der Start- und Landegebühren vom u.a. deshalb jetzt insolventen Flughafen Hahn weg nach Frankfurt gelockt wurden.

Und nicht zuletzt erfordern die im Bundes-Klimaschutzgesetz festgeschriebene Reduzierung der Emissionen im Verkehrssektor eine deutliche Reduzierung des Flugverkehrs, nicht nur in Frankfurt, wo Fraport mit allen vor- und nachgelagerten Bereichen für bis zu 30% der Emissionen im Rhein-Main-Gebiet verantwortlich war. Deshalb müssen die politischen Entscheidungsträger im Fraport-Aufsichtsrat die bisher geplante weitere Entwicklung des Flughafen Frankfurt einschließlich des Weiterbaus des Terminal 3 auf den Prüfstand stellen, um die zukünftige Wirtschaftlichkeit und Klimaverträglichkeit des Frankfurter Flughafens und damit die Sicherheit der dortigen Arbeitsplätze sicherzustellen.

Unterstützer*innen

Johannes Lauterwald (Frankfurt); Julia Eberz (Frankfurt); Marina Ploghaus (Frankfurt); Asja Linke (Groß-Gerau); Michael Tönsmann (Groß-Gerau); Arne Walter Seegelken (Marburg Stadt); Barbara Schlemmer (Vogelsberg); Gerhard Keller (Gießen); Andreas Spaeth (Lahn-Dill)